

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 13. September.

Die Kohlenversorgung der Zuckerindustrie.

Gestern hat der Finanzausschuß die Resolution Mastalla betreffend die rechtzeitige und hinreichende Belieferung der Zuckerfabriken mit Kohle in Beratung gezogen. Abgeordneter Mastalla wies auf die großen Nachteile insbesondere für die Volksernährung hin, die daraus erwachsen würde, wenn die Zuckerindustrie nicht rechtzeitig mit Kohle versorgt würde. Der Ertrag der heurigen Rüben-ernte werde auf 50 bis 60 Millionen Meterzentner geschätzt, woraus eine Erzeugung von 8 bis 9 Millionen Meterzentner resultiere, vorausgesetzt, daß die notwendige Kohle zur Verfügung stehe. Minister für öffentliche Arbeiten R. v. Homann gab eine eingehende Darstellung der Lage auf dem Kohlenmarkte, die dadurch charakterisiert sei, daß für das Jahr 1918 gegenüber dem letzten Friedensjahre unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrziffern mit einem Gesamttrübsande von neun Millionen Tonnen zu rechnen sei. Der Minister erklärte weiter, daß er die Belieferung der Rohzuckerfabriken mit Kohle in dem gegenwärtigen Augenblicke als Staatsnotwendigkeit ansehe, weil man ein Gut für die Ernährung der Bevölkerung nicht vergebend und verlusten dürfe und aus staatsfinanziellen Gründen. Da es sich bei der Versorgung der Zuckerindustrie um eine einschneidende Maßnahme handle, durch welche andere Kontingentsgruppen wesentlich berührt würden, so werde der Minister die Entscheidung der Gesamtregierung einholen. R. v. Homann erklärte schließlich, er verliere nicht den Mut, denn er sei während der vier Kriegsjahre schon wiederholt kritischen Situationen gegenüber gestanden.

Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Beratung:

Abg. Mastalla verweist darauf, daß die von den Regierungsvertretern seinerzeit ausgesprochene Hoffnung, die Erhöhung der Zuckersteuer werde dem Staate große Reueinnahmen bringen, scheitern werde infolge der Unmöglichkeit, die Rübe infolge des Kohlenmangels der Rohzuckerindustrie auf Zucker zu verarbeiten. Der Ertrag der heurigen Rüben-ernte werde auf 50 bis 60 Millionen Meterzentner gegen 28 Millionen Meterzentner im Vorjahre berechnet, woraus eine Erzeugung von 8 bis 9 Millionen Meterzentner Zucker resultiere, vorausgesetzt, daß die notwendige Kohle zur Verfügung stehe. Es könne trotz der vorhandenen großen Schwierigkeiten noch in dem letzten Moment gelingen, die Kohle zur Verfügung zu stellen. Dies müsse gelingen, weil die gesamte Volksernährung unermesslichen Schaden erleiden würde, wenn kein Rohzucker, keine Melasse, keine Schnitte und keine Schlempe produziert werden könnten. In einer Zeit, in welcher die Kampagne unmittelbar vor der Tür stehe, stehen der Zuckerindustrie ganz geringfügige Mengen von Kohlen zur Verfügung. Die Zuckerindustrie bedürfte insgesamt zirka 650.000 Tonnen Kohle, wovon sich am 1. September in den Fabriken nur 110.000 Tonnen befänden. Nach den vorliegenden Plänen des Ministeriums soll die Einlieferung in den nächsten vier Monaten erfolgen in der Art, daß im Dezember die größte Menge angeliefert werden soll. Dieses System müsse als verkehrt bezeichnet werden, da die Rübe durch die Lagerung Schaden erleide. Auch müsse die Zuweisung von Braunkohle an die Zuckerfabriken als unökonomisch bezeichnet werden. Weiters sei es nicht erklärlich, daß das Währisch-Osterrauer Revier von der Belieferung der Zuckerfabriken mit Kohle vollständig ausgeschlossen wurde. Die Zuckerindustrie habe bisher nur allgemeine Versicherungen erhalten. Redner könne wohl keinen Aufstellungsplan vorschlagen, er müsse jedoch betonen, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten die größten Anstrengungen machen müsse in der Richtung, daß die geernteten Rüben verarbeitet werden und nicht verfaulen. Redner richtete an den Ernährungsminister die Anfrage, ob bereits die Frage studiert wurde, in welcher Weise wegen Kohlenmangels eventuell unverarbeitete gebliebene Rübe verwendet werden könnte. Die Regierung habe die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie durch Gewährung höherer Rübenpreise in den Rübenanbau geradzuhineingeheßt, habe der Gesellschaft ein festes Versprechen bezüglich der Erzeugung von Zucker gegeben und muß nun die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Rübe tatsächlich zu Zucker verarbeitet werden könne. Redner bittet schließlich um Annahme seiner Resolution.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann bemerkt zunächst, daß unter dem Eindrucke der Ausführungen des Abg. Mastalla jeder der Anwesenden sich fragen müßte, ob es angängig sei, einen Minister, dem gegenwärtig die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe der Kohlenversorgung übertragen sei noch einen Augenblick länger im Amte zu belassen, wenn er sich solcher Fahrlässigkeiten schuldig gemacht hätte, wie sie aus den Darlegungen des Abg. Mastalla zu entnehmen wären. Der Minister fühle sich indessen weder als Angeklagter noch als Schuldiger, da er, seitdem er die Kohlenversorgung führe, mit dem Angebote aller Kräfte sorge, um den Bedürfnissen aller Verbrauchergruppen gerecht zu werden. In weiterer Folge beruft sich der Minister auf seine wiederholt im Plenum des Abgeordnetenhauses und in den Ausschüssen über unsere Kohlsituation gemachten Darlegungen, wobei er betont, daß er jede Gelegenheit benützt habe, dem Abgeordnetenhaus als dem höchsten Vertreter der Bevölkerung in die Gesamtlage und zwar Kohlenwirtschaft Einblick im vollsten Ausmaße zu gewähren, dies auch im Juli dieses Jahres getan und hierbei auf die überaus ernste und schwierige Situation unserer Kohlenversorgung hingewiesen habe. Die Kohlenproduktion des letzten Friedensjahres, des Jahres 1918, von 44 Millionen Tonnen sei im Jahre 1917 auf 38 Millionen, in der Zeit vom Jänner bis Juni 1918 um weitere 1.200.000 Tonnen zurückgegangen, so daß für das Gesamtjahr 1918 gegenüber dem letzten Friedensjahre mit einem Gesamtrückgang der Produktion von acht Millionen Tonnen zu rechnen sei. Unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhrziffern betrage der Rückgang des Jahres 1918 gegenüber dem Jahre 1913 neun Millionen Tonnen. Die Anforderungen seien vom Oktober 1917 im Laufe der Zeit von 160.000 Tagedonnen infolge von Neuanmeldungen auf 180.000 Tagedonnen gestiegen, eine Menge, welche dem Ministerium für öffentliche Arbeiten niemals zur Verfügung stand. Die verfügbare Tagesmenge sei von